

I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Albert Frick

Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2022

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Analog den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit ebenfalls über die Tätigkeit des Landtags im Jahr 2022 informiert.

Plenarsitzungen

Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede am 27. Januar 2022 tagte der Landtag im Berichtsjahr an insgesamt 24 Sitzungstagen während rund 220 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 18 Sitzungstage, ca. 151 Stunden). Die erste ordentliche Arbeitssitzung begann am 9. März, die letzte der Legislatur inklusive formeller Schliessung des Landtags endete am 2. Dezember. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr über 9 Stunden. Im Jahr 2022 wurden 188 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt (Vorjahr 166). 54 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 46). Zudem behandelte der Landtag 21 Finanzvorlagen und 21 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 29 Berichte (z.B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Jahresberichte der staatsnahen Betriebe, Agrarpolitischer Bericht, Monitoringbericht zur Energiestrategie 2030 oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 19-mal mit ausserpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Während des Berichtsjahrs wurden 20 Einbürgerungsgesuche durch den Landtag in Behandlung gezogen und gutgeheissen. Die Aktuelle Stunde wurde 3-mal abgehalten, 5-mal wurde darauf verzichtet. Im Berichtsjahr wurde eine grosse Anzahl von 35 parlamentarischen Eingängen eingereicht, davon 7 Petitionen, 8 Initiativen, 9 Postulate, 10 Motionen und 1 Interpellation. Auf der Homepage des Landtags sind unter dem Link www.landtag.li/parlamentarische-eingaenge-2 sämtliche parlamentarischen Eingänge aufgelistet und wie mit ihnen verfahren wurde. Die Beantwortung von

Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgt gemäss Geschäftsordnung des Landtags. Die Regierung legt dem Landtag jährlich (im Dezemberlandtag) eine Liste über den Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge zur Kenntnisnahme vor. Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten 218 Kleine Anfragen an die Regierung. Gemäss Geschäftsordnung wurden diese spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet oder in Ausnahmefällen auf schriftlichem Wege nachgereicht. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 9-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittags-sitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden vertrauliche Themen diskutiert und behandelt.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner ständigen Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Albert Frick mit den Abgeordneten Manfred Kaufmann, Manuela Haldner-Schierscher, Daniel Oehry und Herbert Elkuch tagte der Landesausschuss im Berichtsjahr 2-mal, um Geschäfte zu erledigen, die keinen Aufschub bis zur Wiedereröffnung des Landtags duldeten.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Die Sitzungen der Landtagskommissionen sind nicht-öffentlich. Sie haben beratende, vorabklärende oder kontrollierende Funktionen und informieren den Landtag anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission

Die Aussenpolitische Kommission tagte 2021 in 8 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten die Abgeordneten Manfred Kaufmann (Vorsitz), Bettina Petzold-Mähr und Manuela Haldner-Schierscher sowie die stv. Abgeordneten Elke Kindle und Philip Schädler als Mitglieder an. Neben der Vorberatung ausserpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur ausserpolitischen Lage sowie die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA, IPBK). Die Regierung informierte zudem regelmässig über aktuelle Entwicklungen betreffend den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Themenschwerpunkte im Berichtsjahr

waren: Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem IWF; der europäische Green Deal; Notifikation der Partnerstaaten gemäss Abschnitt 7 Absatz 1 Buchstabe f der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Vom 13. bis 16. September besuchte die APK im Rahmen ihrer periodischen Botschaftsbesuche die Botschaft in Washington DC. Ziel des Arbeitsbesuchs war insbesondere der inhaltliche Austausch mit Botschafter Georg Sparber. Während des viertägigen Aufenthalts fanden Treffen mit verschiedenen Kongressabgeordneten, mit Vertretern des Aussenministeriums sowie mit hochrangigen Experten des IWF statt. Der Besuch des Nationalfriedhofs Arlington sowie eine geführte Besichtigung des Kapitols rundeten den Arbeitsbesuch in Washington ab.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2022 von Wenedelin Lampert (Vorsitz), Thomas Vogt, Sascha Quaderer, Patrick Risch und Herbert Elkuch sowie dem stv. Abgeordneten Markus Gstöhl gebildet. In 12 Sitzungen wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 65 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 2013 Nr. 9) in der Prüfung und Begutachtung des Landesvoranschlags, in der Prüfung und Begutachtung sämtlicher von der Regierung zuhanden des Landtags verabschiedeten Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen und in der Wahrnehmung von Aufgaben nach der Finanzhaushaltsgesetzgebung. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag und Finanzplanung, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Anlagestrategie der Poolanlagen, Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Grundstückstransaktionen gemäss Finanzhaushaltsgesetz, Staatsbeitrag an die Kosten der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten, div. Staatsbeiträge, Kenntnisnahme der Geschäftsberichte der staatsnahen Betriebe) gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende Behandlungsthemen: Verpflichtungskredit und Nachtragskredit für den Um- und Ergänzungsbau «Therapiehaus Guler» des Vereins für Betreutes Wohnen in Liechtenstein in Mauren; Verpflichtungskredit und Nachtragskredit für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «100 Jahre Zollanschlussvertrag Schweiz-Liechtenstein»; Weiterentwicklung des Naherholungsgebietes Malbun/Steg sowie die zukünftige Ausrichtung und Sanierung der Bergbahnen Malbun; Kreditüberschreitungen betreffend diverse Konten im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise; Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF); Ergänzungskredit und Nachtragskredit für die Erhöhung des zinslosen Darlehens an die LGV zur Schaffung einer strategischen Reserve; Neubau «Kletterhalle Liechtenstein» des Liechtensteiner Alpenvereins

(LAV) in Schaan; Die Gewährung von Staatsbeiträgen für die verbandsorganisierte Sportförderung für die Jahre 2023 bis 2026; Agrarpolitischer Bericht 2022; Gewährung eines Staatsbeitrags an die Universität Liechtenstein für die Jahre 2023, 2024 und 2025; Ergänzungskredit für den Ersatzbau für den Trakt G und einer zusätzlichen Massnahme beim SZM in Vaduz; Klimastrategie 2050; Genehmigung der Richtlinien für die Vermögensverwaltung des Fürstentums Liechtenstein; Totalrevision des Finanzausgleichsgesetzes und die Festlegung der Faktoren (K) und (H) für die Finanzausgleichsperiode 2024-2027; Befristete Entlastungsmassnahmen zur Abfederung der Energiepreiserhöhungen für einkommensschwache Haushalte und energieintensive Unternehmen; Genehmigung eines Verpflichtungskredits und von Nachtragskrediten für die Realisierung von Wohnraum für die Unterbringung von Schutzbedürftigen. Zudem trifft sich die Finanzkommission jährlich zu einem Informationsaustausch mit der Liechtensteinischen Landesbank AG.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 Abs. 1 der Verfassung steht dem Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung unter Einschluss der Justizverwaltung zu. Der Landtag übt dieses Recht insbesondere durch die Geschäftsprüfungskommission aus. Gem. Art. 66 der Geschäftsordnung für den Landtag (LGBl. 2013 Nr. 9) übt die Geschäftsprüfungskommission neben der Kontrolle über die Staatsverwaltung auch die Kontrolle über das Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen aus. Sie prüft zudem die Jahresrechnung und den Rechenschaftsbericht, die Ämter der Verwaltung und nimmt besondere Aufgaben gem. konkreten Aufträgen des Landtags wahr. Die GPK wird in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt und trat im Berichtsjahr zu 16 Sitzungen zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Georg Kaufmann (Vorsitz), Daniel Seger, Patrick Risch, Mario Wohlwend und der stv. Abgeordnete Pascal Ospelt an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews, der Überprüfung der Eigner- und Beteiligungsstrategien (Beteiligungscontrolling) sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle (u.a. zur Landesrechnung), war das Hauptaugenmerk der GPK im Berichtsjahr auf zwei überaus arbeitsintensive Bereiche gerichtet: Zum einen der kostenmässig ausufernde Neubau des Liechtensteinischen Landesspitals und zum anderen die Universität Liechtenstein. Um die Gründe für die erwarteten hohen Mehrkosten beim Neubau des Landesspitals zu eruieren, erhielt die GPK vom Landtag einen entsprechenden Auftrag. Diesem kam die GPK nach, indem sie einen detaillierten Bericht zu Händen des Landtags verfasste. Unstimmigkeiten und Probleme bei der Universität Liechtenstein wurden von der GPK in Gesprächen mit der Regierung und dem Universitätsrat aufgearbeitet. Zu diesem Zwecke wurden umfangreiche

Wortprotokolle verfasst. Während des Berichtsjahres stattete die GPK dem Amt für Strassenverkehr und dem Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen Arbeitsbesuche ab. Diese Ämterbesuche gewähren der GPK Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und Arbeitsabläufe der entsprechenden Ämter. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, allfällige spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher zu erörtern.

Landtagspräsidium

Neben Landtagspräsident Albert Frick und Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz gehörten die Fraktionssprecher Daniel Oehry (FBP), Manfred Kaufmann (VU) und Patrick Risch (FL) sowie Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagspräsidium an. Das Landtagspräsidium trat im Berichtsjahr zu 15 Sitzungen zusammen. Es befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagsitzungen, der jährlichen Festlegung des Budgetentwurfs für den Landtag und weiteren organisatorischen Fragen rund um den Landtag, seinen Kommissionen und Delegationen. Im Besonderen setzte sich das Landtagspräsidium im Berichtsjahr mit der gesetzlichen Umsetzung der Transparenzvorgaben der Kommission des Europarats gegen Korruption (GRECO) durch eine Partialrevision der Geschäftsordnung, dem Antrag der Swissgrid AG auf Enteignung von Rechten an privatem Grundeigentum im Zusammenhang mit der Höchstspannungsleitung in Balzers, den Umgang des Landtags mit vertraulichen Dokumenten, dem Verfahren im Zusammenhang mit Einbürgerungen durch den Landtag, Personalanstellungen beim Parlamentsdienst und der bautechnischen Problematik von unangenehmen kalten Luftströmen im Plenarsaal auseinander. Das erste Drittel des Berichtsjahres war zudem stark von Fragen und Massnahmen geprägt, welche noch mit der starken Virulenz der Coronapandemie im Zusammenhang standen. Am 12. und 13. April kam das Landtagspräsidium im Rahmen der periodischen Freundschaftsgruppentreffen mit Vertretern des schweizerischen National- und Ständerates zu einem Gesprächsaustausch in Vaduz zusammen. Die wichtigsten Diskussionsthemen waren: «100 Jahre Zollvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein im kommenden Jahr»; «die Rolle der Parlamente in Zeiten von Pandemien und Krisen wie am Beispiel des Ukraine Konfliktes»; «die zukünftige Rolle der Schweiz im Zusammenhang mit der EU; zukünftige Nahrungsmittel- und Energiesicherheit». Vom 12. bis 14. Juni nahm Landtagspräsident Albert Frick an der jährlich stattfindenden Konferenz der Parlamentspräsidenten der europäischen Kleinstaaten in Monaco teil. Hauptthemen dieser Konferenz waren: «Wie bewältigten die europäischen Kleinstaaten die Coronapandemie – was sind die Lehren für die Zukunft»; «Förderung von Führungsrollen von Frauen in der Politik und

Wirtschaft». Am 25. und 26. August fand erstmalig das jährliche Treffen der deutschsprachigen Parlamentspräsidenten in Vaduz statt. An diesem Anlass nahmen die Präsidenten bzw. Präsidentinnen des deutschen, österreichischen, schweizerischen und des luxemburgischen Parlamentes sowie des autonomen Länderparlamentes der deutschen Minderheit in Belgien teil. Die anwesenden höchsten Volksrepräsentanten bzw. Volksrepräsentantinnen vertraten dabei eine deutschsprachige Bevölkerung von rund 100 Millionen Menschen. An der Konferenz wurden im Besonderen die beiden nachstehenden Themen erörtert: «Coronapandemie: Die Rolle der Parlamente»; «Möglichkeiten der Bürgerpartizipation in demokratischen Gesellschaften». Am 24. und 25. Oktober vertrat Landtagspräsident Albert Frick Liechtenstein am ersten Parlamentarischen Gipfel der internationalen Krim-Plattform in Zagreb, Kroatien. An diesem Forum nahmen hohe parlamentarische Repräsentanten der europäischen und westlichen Staatengemeinschaft teil. Die Teilnehmenden verurteilten dabei den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aufs Schärfste und sprachen ihre uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung für die Ukraine aus. Am 17. November weilte auf Einladung von Landtagspräsident Albert Frick der schweizerische Ständeratspräsident Thomas Hefti zu einem Besuch in Vaduz. Beide Präsidenten würdigten das gute bilaterale Verhältnis zwischen den beiden Staaten. Dies insbesondere auch im Hinblick auf die im kommenden Jahr stattfindenden Feierlichkeiten rund um den schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag, einem Vertragswerk, das vor 100 Jahren zwischen den beiden Nachbarstaaten abgeschlossen wurde. Dem Zollvertrag kommt eine wesentliche Bedeutung für den grossen wirtschaftlichen Aufschwung und die volkswirtschaftliche Prosperität des Landes zu.

EWR/Schengen-Kommission

Die EWR/Schengen-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR/Schengen-Kommission, die Abgeordneten Dietmar Lampert (Vorsitz), Georg Kaufmann, Bettina Petzold-Mähr und die stv. Abgeordneten Nadine Vogelsang und Markus Gstöhl überprüften in 12 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. Die Sitzungen fanden teilweise virtuell statt bzw. erfolgten dann die Beschlüsse auf dem Zirkularweg. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2022 wurden 628 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 12'088) durch 354 Beschlüsse (total seit Abkommen 5'771) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Richterauswahlgremium

Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Thomas Vogt, Thomas Rehak, Manuela Haldner-Schierscher und Johannes Kaiser trat im Berichtsjahr zu 3 Sitzungen zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidaten wurden allesamt gewählt.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) eingesehen oder beim Parlamentsdienst bezogen werden. Bezüglich Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates

Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarats, das aus Abgeordneten der 46 nationalen Parlamente besteht. Die Versammlung besteht derzeit aus 612 Mitgliedern, davon 306 Stellvertreter. Liechtenstein hat ein Kontingent von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern. Die Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg setzte sich im Jahr 2022 aus den Abgeordneten Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und Peter Frick als ordentliche Mitglieder, sowie den stv. Abgeordneten Hubert Büchel und Thomas Hasler als Ersatzmitglieder zusammen. Im Berichtsjahr fanden vier ordentliche Sessionen (24. bis 28. Januar; 25. bis 28. April; 20. bis 24. Juni; 10. bis 14. Oktober) sowie eine ausserordentliche Plenarsitzung (14./15. März) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg statt. Liechtenstein nahm an sämtlichen Sitzungen teil. Zu Beginn des Berichtsjahrs wählte die Versammlung den Niederländer Tiny Kox zu ihrem neuen Präsidenten. Nach Beginn der Aggression Russlands gegen die Ukraine entzog das Ministerkomitee am 25. Februar Russland das Recht auf Vertretung im Ministerkomitee wie auch in der Parlamentarischen Versammlung. An der darauffolgenden ausserordentlichen Plenarsitzung wurde eine Dringlichkeitsdebatte zu den Folgen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine abgehalten. Am 16. März entschied das Ministerkomitee, dass die Russische Föderation von heute an nach 26 Jahren Mitgliedschaft kein

Mitglied des Europarats mehr ist. In der Folge wurde die Fahne der Russischen Föderation vor dem Palais de l'Europe eingezogen. Die Sessionswoche im April war geprägt von Debatten über die Konsequenzen des Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine und die Antwort des Europarats. Im Zentrum der dritten Sessionswoche stand eine hochrangige Paneldiskussion zum Thema «Aufrechterhaltung der demokratischen Sicherheit in Europa». Es sprachen Simon Coveney, irischer Aussen- und Verteidigungsminister, der finnische Aussenminister Pekka Haavisto, die Generalsekretärin des Europarats Marija Pejčinović Burić sowie die weissrussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja. In der verabschiedeten Entschliessung zum Bericht «Aktuelle Herausforderungen für die Sicherheit in Europa: Welche Rolle soll der Europarat spielen?» forderte die Versammlung, ein viertes Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats. Anlässlich der vierten Sessionswoche wurde zum 10. Mal der Václav-Havel-Menschenrechtspreis verliehen. Mit diesem Preis wird aussergewöhnliches, zivilgesellschaftliches Engagement zur Verteidigung der Menschenrechte gewürdigt. Dieses Jahr ging der Preis an den seit April 2022 inhaftierten russischen Oppositionsführer, Autor und Historiker Wladimir Kara-Mursa. Darüber hinaus wurde während den Sessionen über die nachstehenden Themen debattiert und Entschliessungen verabschiedet: Die Unterstützung einer europäischen Perspektive für die Westbalkanstaaten; Der Missbrauch des Schengen Informationssystems durch Mitgliedstaaten des Europarats als eine politisch motivierte Sanktion; Die Auswirkungen des Brexits auf die Menschenrechte auf der irischen Insel; Antisemitismus in Europa verhüten und bekämpfen; Schutz und alternative Betreuung für unbegleitete und getrennte Migrantinnen- und Flüchtlingskinder; Rechenschaftspflicht für den Abschuss von Flug MH17 gewährleisten; Die Bekämpfung und Verhinderung des exzessiven, nicht gerechtfertigten Einsatzes von Gewalt durch Polizeibeamte; Echte Demokratie in Europa schützen und fördern; Die Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen dem Europarat und der Europäischen Union über den Vertrag von Lissabon hinaus; Die Bekämpfung des zunehmenden Hasses gegen LGBTI-Menschen in Europa; Das Migrations- und Asylpaket der Europäischen Union: Eine menschenrechtliche Perspektive.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee

Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die liechtensteinische Delegation bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr aus den Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seger als ordentliche Mitglieder, sowie der Abgeordneten Karin Zech-Hoop und dem stellvertretenden Abgeordneten Hubert Büchel als

Ersatzmitglieder zusammen. Die liechtensteinische Delegation nahm an allen Sitzungen im Berichtsjahr teil. Neben der Delegation aus Liechtenstein waren jeweils Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Schweiz an den Sitzungen vertreten. Am 8. und 9. Februar fand ein Handelsseminar per Videokonferenz statt. Im Mittelpunkt des Seminars standen die neuesten Entwicklungen der Handelspolitik der Europäischen Union, die WHO sowie Drittlandbeziehungen der EFTA. Die Delegation nahm am 27. April an einem weiteren Treffen in Brüssel teil. Das Treffen war geprägt von der Situation rund um die Ukraine. Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee traf sich vom 23. bis 25. Mai in Oslo. Das Komitee diskutierte die jüngsten Entwicklungen im EWR, den Krieg in der Ukraine sowie den Europäischen «Green Deal». Vom 19. bis 21. Juni fanden Treffen zwischen dem EFTA-Parlamentarierkomitee, dem EFTA-Konsultativkomitee und den EFTA-Ministern in Borgarnes (Island) statt. Dieses Treffen bot Gelegenheit die Auswirkungen der Aggression Russlands gegen die Ukraine, die Beziehungen der EFTA mit Drittstaaten, die Stellung der EFTA in einem volatilen internationalen Handelsumfeld sowie die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zu diskutieren. Vom 5. bis 9. September fand ein Arbeitsbesuch des Parlamentarierkomitees in Bangkok statt. Ziel war es, die parlamentarische Dimension der Handelsbeziehungen zwischen der EFTA und Thailand zu fördern, sich mit verschiedenen Stakeholdern über die thailändischen Positionen in den Verhandlungen zu informieren und auf parlamentarischer Ebene das Interesse der EFTA-Staaten an einem umfassenden, ambitionierten Freihandelsabkommen zu bekräftigen. Das Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitee fand am 19. und 20. Oktober in Strassburg statt. Neben den Entwicklungen im EWR standen der Krieg in der Ukraine, die Widerstandsfähigkeit der Energieversorgung, die Cybersicherheit im EWR-Raum, die Zusammenarbeit im Weltraum sowie das erste Treffen der neuen Europäischen Politischen Gemeinschaft im Zentrum der Gespräche. Am 22. und 23. November nahm die Delegation an weiteren Treffen des EFTA-Parlamentarierkomitees und des EFTA-Konsultativkomitees mit dem Vorsitzenden des EFTA-Rats und mit den EWR/EFTA-Ministern in Brüssel teil.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie

Demokratie und Menschenrechte. Die OSZE PV vereint 323 Abgeordnete aus 57 Teilnehmerstaaten. Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE setzte sich im Jahr 2022 aus den Abgeordneten Norma Heidegger (Delegationsleiterin) und Sebastian Schädler als ordentliche Mitglieder sowie dem Abgeordneten Günter Vogt und der stellvertretenden Abgeordneten Elke Kindle als Ersatzmitglieder zusammen. Im Berichtsjahr stand der russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Zentrum der Tagungen. Die Wintertagung am 24. und 25. Februar fand in einem gemischten Format in Wien statt. Liechtenstein war durch die Abgeordnete Norma Heidegger vor Ort und den Abgeordneten Sebastian Gassner online vertreten. Aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine am ersten Tag der Wintertagung wurde die Agenda den ausserordentlichen Ereignissen angepasst. Die 29. Jahrestagung fand vom 2. bis 6. Juli in Birmingham statt. Liechtenstein war mit der Abgeordneten Norma Heidegger und mit der stellvertretenden Abgeordneten Elke Kindle vertreten. Es fanden Sitzungen des Ständigen Ausschusses, der drei Allgemeinen Ausschüsse sowie Plenardebatten statt. Am Ende der Tagung wurde die «Erklärung von Birmingham» verabschiedet, welche sämtliche 57 Mitgliedstaaten auffordert, sich auf höchster politischer Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Herbsttagung fand vom 24. bis 26. November in Warschau statt. Liechtenstein war mit dem Abgeordneten Sebastian Gassner vertreten. Im Zentrum der Diskussionen stand das Thema «Der Krieg in der Ukraine: Die Rolle der OSZE und der nationalen Parlamente».

Interparlamentarische Union (IPU)

Die Interparlamentarische Union (IPU) wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveräner Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zu einer globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 178 Mitgliedstaaten. Liechtenstein ist seit Herbst 2000 als offizielles Mitglied vertreten. Die IPU setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen. Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) gehörten Landtagspräsident Albert Frick als Delegationsleiter und die Abgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch als ordentliches Mitglied sowie die Abgeordneten Sebastian Gassner und Mario Wohlwend als stellvertretende Delegationsmitglieder an. Aufgrund der anhaltenden schwierigen weltweiten Coronasituation nahm die Delegation an der Frühjahrsversammlung vom 20. bis 24. Mai in Nusa Dua (Indonesien) nicht teil. Am 21. September 2022 nahm der Vorsitzende Albert Frick am IPU Webinar zu den Auswirkungen des

Klimawandels auf Vertreibung und menschliche Sicherheit teil. Vom 11. bis 15. Oktober fand auf Einladung des ruandischen Parlaments die Herbsttagung in Kigali statt, an der die Delegation mit der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch und dem Abgeordneten Sebastian Gassner sowie Gabriele Wachter vom Parlamentsdienst vertreten war. Die Konferenz war dem Thema «Gleichstellung der Geschlechter und geschlechtersensible Parlamente als Treiber des Wandels für eine widerstandsfähigere und friedlichere Welt» gewidmet. Ein weiteres Mal stand auch der russische Angriff auf die Ukraine im Mittelpunkt. Hierzu wurde im Laufe der Versammlung eine Resolution zur Verteidigung der territorialen Integrität aller Staaten und zur Verurteilung der Invasion der Ukraine und die anschliessende Annexion von Territorien verabschiedet. Ebenfalls konnte eine Resolution für die lokale und regionale Entwicklung von Ländern mit hohem Anteil an internationaler Migration und zur Bekämpfung von Menschenhandel und Menschenrechtsverletzungen verfasst werden. Nebst der Hauptversammlung fanden diverse Sitzungen der jeweiligen geopolitischen Gruppen sowie der diversen Ausschüsse statt. Die liechtensteinische Delegation erhielt zudem Einblick in die Arbeit des schweizerischen Kooperationsbüros der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Kigali und konnte entsprechende Projekte im Bereich der dualen Bildung, im Bau von Wohnraum und in der Produktion von regionalen Baumaterialien kennenlernen.

Internationale Parlamentarier-Konferenz Bodensee

Die internationale Parlamentarier-Konferenz Bodensee (IPBK) ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (Delegationsleiterin), Landtagspräsident Albert Frick, der Abgeordnete Thomas Rehak und die stv. Abgeordnete Nadine Gstöhl den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden hatte im Berichtsjahr den Vorsitz inne, im nächsten Jahr wird ihn der Freistaat Bayern innehaben. Dabei soll anstelle der Herbstkonferenz eine Sommerkonferenz in Brüssel stattfinden. Üblicherweise findet zudem jährlich ein Präsidientreffen statt. Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz nahm am 17. Juni am entsprechenden Treffen im Berichtsjahr in Heiden teil. Dabei wurde der Tourismus in der Ostschweiz diskutiert. Die 57. Sitzung der IPBK fand am 29. April in Herisau statt, die liechtensteinische Delegation war vollständig vertreten. Die folgenden Themen standen dabei zur

Debatte: Information über den Konferenzort; «Zukunft dank Vergangenheit? Die Industrie in Appenzell Ausserrhoden und der Bodenseeregion»; Gipfelerklärung und Jubiläumsjahr der IBK (50 Jahre); Strategieprozess der IBK; Informationen aus der IBK (Zielbild Raum und Verkehr, grenzüberschreitende Funkkommunikation bei Polizei- und Rettungseinsätzen); Bericht der Arbeitsgruppe Fluglärm. Die 58. Sitzung der IPBK fand am 21. Oktober in Schwägalp statt. Die liechtensteinische Delegation war wiederum vollzählig vertreten. Die folgenden Themen wurden behandelt: Information über den Konferenzort; «Effizienz, Dekarbonisierung und wenig Technik – Umsetzungsstrategien im Bodenseeraum»; Machbarkeitsstudie zur thermischen Nutzung des Bodensees und des Rheins; Energiewende in der Bodenseeregion: Chancen und Herausforderungen; Informationen aus der IBK.

Parlamentsdienst

Bestellung, Dienstrecht und die Aufgabenbereiche des Parlamentsdienstes sind in den Art. 16 und 17 der Geschäftsordnung für den Landtag (GOLT) umrissen. Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm der Parlamentsdienst seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Aktuell besteht der Parlamentsdienst aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, zwei Vollzeitangestellten, zwei Teilzeit-Mitarbeiterinnen und zwei Schreibkräften auf Teilzeitbasis. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden gemäss Art. 16, Abs. 2 GOLT vom Landtag bestellt. Der Parlamentsdienst zeichnet insbesondere verantwortlich für die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie für die Erstellung der Landtagsbeschlüsse. Dazu kommen etliche weitere administrative Aufgaben. Ausserdem ist der Parlamentsdienst die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist gerade in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Verstärkte Kommissions- und Delegationstätigkeiten sowie längere Landtagssitzungen bei häufig fehlenden Stellvertreter-Ressourcen bedingen einen massvollen Ausbau des Parlamentsdienstes im kommenden Jahr von derzeit 6.6 Stellen auf 7.4 Stellen. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Parlamentsdienst angefordert werden. Weitere vielfältige Informationen rund um den liechtensteinischen Landtag können auf seiner Homepage (www.landtag.li) eingesehen werden.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2022

Eröffnungssitzung vom 27. Januar 2022

- Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Ansprache des Alterspräsidenten
Alterspräsident Albert Frick hält seine Ansprache.
- Wahl des Landtagspräsidenten
Als Landtagspräsident wird gewählt:
 - Abg. Albert Frick
- Wahl der Landtagsvizepräsidentin
Als Landtagsvizepräsidentin wird gewählt:
 - Abg. Gunilla Marxer-Kranz
- Wahl der Stimmenzähler
Als Stimmenzähler werden gewählt:
 - Abg. Peter Frick
 - Abg. Franziska Hoop
- Wahl der Aussenpolitischen Kommission
In die Aussenpolitische Kommission werden gewählt:
 - Abg. Manfred Kaufmann (Vorsitz)
 - Abg. Manuela Haldner-Schierscher
 - Stv. Abg. Elke Kindle
 - Abg. Bettina Petzold-Mähr
 - Stv. Abg. Philip Schädler
- Wahl der Finanzkommission
In die Finanzkommission werden gewählt:
 - Abg. Wendelin Lampert (Vorsitz)
 - Abg. Herbert Elkuch
 - Stv. Abg. Markus Gstöhl
 - Abg. Sascha Quaderer
 - Abg. Patrick Risch
 - Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission
In die Geschäftsprüfungskommission werden gewählt:
 - Abg. Georg Kaufmann (Vorsitz)
 - Stv. Abg. Pascal Ospelt
 - Abg. Patrick Risch
 - Abg. Daniel Seger
 - Abg. Mario Wohlwend

Öffentliche Landtagssitzung vom 9./10./11. März 2022

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 9./10./11. März 2022
- Genehmigung des Protokolls der Festsitzung «100 Jahre Verfassung» vom 26. Oktober 2021
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 3./4./5. November 2021
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 1./2./3. Dezember 2021
Das Protokoll wird genehmigt.

- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 27. Januar 2022
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
 - Information zu Lohnanpassungen
 - Fahrradförderung
 - PV-Anlage auf SZU II
 - Kita-Finanzierung
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
 - Bahnhof Nendeln, die Bauprojekte der ÖBB
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - Medienförderung
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
 - LKW-Stauerscheine am Zollamt Schaanwald-Tisis
 - Anpassung des Erbrechts in Liechtenstein
 - Wird Strom aus Kernkraftwerken und Gaswerken auch in Liechtenstein als grün bezeichnet?
 - Förderung des Langsamverkehrs auch im Winter
 - Betreuungsplätze für Personen mit höherem Pflegeaufwand
- Anfrage der Abg. Franziska Hoop:
 - Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Anfrage des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Milchhof – wie weiter?
 - Neubau Landesspital
 - Stand des Auftrags betreffend zukünftige Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter
- Anfrage des Abg. Peter Frick:
 - Petition «Elternzeit – die liechtensteinische Lösung»
- Anfragen der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
 - Luftqualität und die neuen Grenzwertempfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO)
 - Motocrossplatz in Triesen und die Emissionsbelastung
- Anfragen des Abg. Georg Kaufmann:
 - Arbeitsmarktfähigkeit von älteren Mitarbeitenden
 - ausgesteuerte Arbeitslose
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - keine Ergänzungsbriefmarken der Post AG nach Tarifierhöhung ab 1. Januar 2022
- Anfrage des Abg. Walter Frick:
 - explodierende Energiepreise und Armutsgefährdung
- Anfrage der Stv. Abg. Elke Kindle:
 - 24-Stunden-Betreuerinnen
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - zur Stärkung der Oberaufsicht der Regierung über öffentliche Unternehmen
 - Koalitionsvertrag
 - Wertzeichen der Post
 - Rechtsrahmen der Medienkommission
- Anfrage der Abg. Karin Zech-Hoop:
 - ÖBB-Plan für den Bahnausbau in Nendeln
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
 - Energiekostensteigerung
 - Frontex

- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - erhebliche Besoldungserhöhungen beziehungsweise Neueinstufungen bei Vorstehern
- Information der Regierung zur aktuellen Situation bez. Ukraine Konflikt und den damit verbundenen Auswirkungen
Die Information der Regierung wird zur Kenntnis genommen.
- Petition «Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine» vom 28. Februar 2022, eingereicht von Vertretern der Freien Liste
Die Petition wird zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- Information der Regierung zur aktuellen Situation bez. Coronapandemie
Die Information der Regierung wird zur Kenntnis genommen.
- Aktuelle Stunde zum Thema «Arbeitskräftemangel»
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Petition zur Stromsicherung in Liechtenstein vom 16. Februar 2022, eingereicht von Reinhard Walser
Die Petition wird zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- Petition bez. direkte und gerechte Verteilung der Geldspiel- und Aufsichtsabgaben der Casinos an die Gemeinden vom 21. Februar 2022, eingereicht von Désirée Bürzle, Petra Chesi, Norbert Foser, Karl Malin, Nils Vogt, Alessandra Wolfinger und Thomas Wolfinger
Die Petition wird behandelt, jedoch nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Senkung der Hürden für die Prämienverbilligung» der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Walter Frick, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert, Gunilla Marxer-Kranz, Günter Vogt, Thomas Vogt und Mario Wohlwend vom 15. November 2021
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur Umgestaltung der Motorfahrzeugsteuer in ein Roadpricing-System der Abgeordneten Albert Frick, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Sascha Quaderer, Sebastian Schädler, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop vom 17. November 2021
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Ermöglichung einheitlicher Gemeindesteuerzuschläge – gegen Inländerdiskriminierung der Abgeordneten Albert Frick, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Sascha Quaderer, Sebastian Schädler, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop vom 26. November 2021
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Motion betreffend Konsultation des Landtages bei besonderen Lagen der Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 28. Januar 2022
Das Postulat (ursprünglich Motion) wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Vorprüfung einer angemeldeten Volksinitiative zur Befreiung der Kostenbeteiligung (Franchise) für Versicherte, die das ordentliche Rentenalter erreicht haben (Nr. 14/2022)
Der Vorprüfungsbericht wird zur Kenntnis genommen. Es wird festgestellt, dass das angemeldete Initiativbegehren mit der Verfassung und den bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt, daher wird es für zulässig erklärt.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Naturkatastrophenvorsorge in Liechtenstein (Nr. 16/2022)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (I/2022) (Nr. 10/2022)
Die Nachtragskredite werden genehmigt.
- Genehmigung eines Nachtragskredits an die Kulturstiftung Liechtenstein zur Sicherung der liechtensteinischen Kulturlandschaft im Zusammenhang mit den Folgen des Coronavirus (Nr. 21/2022)
Der Nachtragskredit wird genehmigt.
- Wahl der Medienkommission
Die Medienkommission wird wie folgt bestellt:
 - Präsident: Gaston Jehle
 - Vizepräsidentin: Jnes Rampone-Wanger
 - Mitglieder: Michael Bürzle, Alexander Kind und Fabian Sude
 - Ersatzmitglieder: Claudia Bartholdi und Serpil Yörümez
- Ad-hoc-Antrag von Karin Zech-Hoop bezüglich Ausschluss von Nadine Gstöhl, Diskussion beziehungsweise weiteres Vorgehen
- Gesetz über die Abänderung des Behindertengleichstellungsgesetzes (Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen) (Nr. 68/2021) [1. Lesung: 30. September 2021] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 3/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Aufhebung von Zweckbindungen in der Landesrechnung (Nr. 88/2021) [1. Lesung: 2. Dezember 2021] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 2/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Bankengesetzes (BankG) sowie weiterer Gesetze (Nr. 89/2021) [1. Lesung: 2. Dezember 2021] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 12/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) sowie weiterer Gesetze (Nr. 93/2021) [1. Lesung: 2. Dezember 2021] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 7/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/2088 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor und der Verordnung (EU) 2020/852 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen (EWR-Finanzdienstleistungs-Nachhaltigkeits-Durchführungsgesetzes; EWR-FNDG) sowie eines Gesetzes über die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) (Nr. 90/2021 [1. Lesung: 2. Dezember 2021] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 11/2022); 2. Lesung Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Richterbestellungsgesetzes sowie des Staatsanwaltschaftsgesetzes (Umsetzung von Empfehlungen der Staatengruppe gegen Korruption – GRECO – im Rahmen der vierten Evaluationsrunde) (Nr. 96/2021) [1. Lesung: 3. Dezember 2021] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 1/2022); 2. Lesung Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beschluss Nr. 59/2021 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen) (Nr. 4/2022) Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 275/2021 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (KODEX-Richtlinie)) (Nr. 5/2022) Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 274/2021 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und der Agentur zur Unterstützung des GEREK (GEREK-Büro), zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 (GEREK-Verordnung)) (Nr. 6/2022) Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 246/2021 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über grenzüberschreitende Paketzustelldienste) (Nr. 8/2022) Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschlüsse Nr. 301/2021 (Verordnung (EU) 2019/876, «CRR II») und Nr. 383/2021 (Richtlinie (EU) 2019/878, «CRD V») des Gemeinsamen EWR-Ausschusses im Bereich Finanzdienstleistungen (Nr. 13/2022) Den Beschlüssen wird zugestimmt.
 - Beschlüsse Nr. 247/2021 (Richtlinie 2012/34/EU und Richtlinie (EU) 2016/2370) und Nr. 248/2021 (Richtlinie (EU) 2016/797 und Richtlinie (EU) 2016/798) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses im Bereich Eisenbahn (Nr. 20/2022) Den Beschlüssen wird zugestimmt.
 - Diverse Einbürgerungsgesuche Folgenden Einbürgerungsgesuchen wird zugestimmt:
 - Herr Michael Bodo Baumeler
 - Herr Erzen Hoxhaj
 - Frau Gjylnasfije Hoxhaj sowie ihre minderjährigen Kinder Arian, Ensar und Erza Hoxhaj
 - Frau Joelle Maria Helena Jacobs
 - Frau Dietlinde Elisabeth Kerler
 - Herr Boris Matt
 - Herr Daniel Schmid
 - Abänderung des Entsendegesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (Nr. 15/2022); 1. Lesung Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) sowie weiterer Gesetze (Nr. 17/2022); 1. Lesung Die Beratung dieser Gesetzesvorlage wird verschoben.
 - Abänderung des Eisenbahngesetzes (EBG; Umsetzung von EU-Richtlinien) (Nr. 18/2022); 1. Lesung Die Beratung dieser Gesetzesvorlage wird verschoben.
 - Abänderung des Partnerschaftsgesetzes und des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (Einführung der Stiefkindadoption für eingetragene Partner/-innen und Lebensgefährte/-innen) (Nr. 19/2022); 1. Lesung Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 6./7. April 2022**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 6./7./8. April 2022
 - Anfragen der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
 - Kita-Finanzierung
 - Materialpreissteigerungen und Lieferengpässe
 - Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - AHV-Rentenerhöhung aufgrund der Inflation
 - Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Expropriationsverfahren Hochspannungsleitung Balzers
 - Tierquälerei auf Bauernhof
 - Neubau Landesspital (Teil 2)
 - Anfrage der Abg. Norma Heidegger:
 - Immobilien- und Hypothekarmarkt
 - Anfragen der Abg. Dagmar Bühler-Nigsch:
 - dem Pflegeengpass und Fachkräftemangel entgegenwirken

- Finanzierung und Förderung der Bildungswege
- Weiterentwicklung Naherholungsgebiet Malbun-Steg
- Anfragen des Abg. Sascha Quaderer:
 - Lohn von Unternehmern
 - Steuerruling
 - Mindestzinssatz bei Darlehen
- Anfrage der Abg. Karin Zech-Hoop:
 - Schnittstelle Infrastruktur ÖV und Radverkehr
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - Urheberrechtsentschädigung an die Schweizer SUISA
 - Chefarzt Orthopädie, der das Landesspital verlassen hat
- Anfragen des Abg. Sebastian Gassner:
 - Verkehrssicherheit für Fahrrad- und E-Bike-Fahrerinnen
 - landwirtschaftliche Nutzflächen
- Anfrage des Abg. Peter Frick:
 - Tierschutzbeauftragter
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Kostenwachstum in der Krankenpflegeversicherung versus Wirtschaftlichkeitsverfahren gemäss Tarmed
 - Investitions- und Betriebskostenvergleich von Wärmepumpen zu Ölheizungen
- Anfrage des Abg. Thomas Rehak:
 - Autonomie des neuen Landesspitals
- Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
 - Versicherungsunterstellung von Grenzgängern im Homeoffice
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
 - Landesspitalneubau
 - Förderung des Langsamverkehrs auch im Winter
- Aktuelle Stunde
Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Information der Regierung zur aktuellen Situation bez. Ukrainekonflikt und den damit verbundenen Auswirkungen
Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Information der Regierung zur aktuellen Situation bez. Coronapandemie
Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Motion betreffend die Neuregelung der Gebühren für Reisedokumente der Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 23. Februar 2022
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Motion für «Photovoltaik auf jedem Dach» der Abgeordneten Georg Kaufmann, Manuela Haldner-Schierscher und Patrick Risch vom 7. März 2022
Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Motion «Photovoltaik-Pflicht für Nicht-Wohnbauten» der Abgeordneten Georg Kaufmann, Manuela Haldner-Schierscher und Patrick Risch vom 7. März 2022
Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Nachhaltiges und ganzheitliches Raumplanungs-Mobilitäts-Konzept für Liechtenstein», eingereicht von 24 Abgeordneten vom 4. März 2022
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Direktwahl der Regierung durch das Volk (Nr. 22/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 20. Dezember 2019 abgeschlossen.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Stärkung des Tierschutzes in Liechtenstein (Nr. 25/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 20. Dezember 2019 abgeschlossen.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Entwicklung eines ganzheitlichen landesweiten Konzepts für Inertstoff-Deponien (Nr. 26/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 23. August 2021 abgeschlossen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (II/2022) (Nr. 23/2022)
Der Nachtragskredit wird bewilligt.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredits und eines Nachtragkredits für den Umbau und Ergänzungsbau «Therapiehaus Guler» des Vereins für Betreutes Wohnen in Liechtenstein (VBW) in Mauren (Nr. 31/2022)
Der Verpflichtungs- sowie der Nachtragkredit werden bewilligt.
- Jahresbericht 2021 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2021 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2021 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2021 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2021 der Delegation für die Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz (IPBK)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Zivilrechts-Mediations-Gesetzes (ZMG), der Zivilprozessordnung (ZPO) und des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) (Nr. 74/2021) [1. Lesung: 5. November 2021] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 29/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 385/2021 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie

zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (Nr. 24/2022)

Dem Beschluss wird zugestimmt.

- Abänderung des CO₂-Gesetzes (Nr. 27/2022); 1. und 2. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Staatsanwaltschaftsgesetzes, des Rechtshilfegesetzes und des Jugendgerichtsgesetzes (Bereinigung von redaktionellen Versehen und Abänderungen zur Vereinfachung des Strafverfahrens) (Nr. 30/2022); 1. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) sowie weiterer Gesetze (Nr. 17/2022); 1. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

- Abänderung des Eisenbahngesetzes (EBG; Umsetzung von EU-Richtlinien) (Nr. 18/2022); 1. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Die Kleinen Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 4./5./6. Mai 2022

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. Mai 2022

- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 9./10./11. März 2022

Das Protokoll wird genehmigt.

- Anfragen des Abg. Daniel Oehry:

- Homepage in Überarbeitung
- Radwegnetz
- Stipendiengesetz

- Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:

- Grundwasserwärmenutzung
- Varianten zur Verlegung der Hochspannungseleitung in Balzers

- Anfrage des Abg. Sebastian Gassner:

- Baubewilligungen für Haustechnik- und PV-Anlagen

- Anfragen des Abg. Georg Kaufmann:

- Stipendiengesetz
- Mercosur-Abkommen

- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:

- Quellensteuer auf Rentenleistungen
- im EU-Ausland lebende, aber im FL krankenversicherte Rentner

- Anfrage der Abg. Bettina Petzold-Mähr:

- Situation an der Universität Liechtenstein

- Anfragen der Stv. Abg. Sandra Fausch:

- soziale Absicherung in der Landwirtschaft
- UN-Nachhaltigkeitsziele

- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:

- Preissteigerungen im Gewerbe bei öffentlichen Aufträgen

- Auswirkung der massiven Preissteigerungen auf die Finanzierung von privaten Bauprojekten

- Anfragen des Abg. Walter Frick:

- Satellitenprojekt
- grosser Pavillon an der Biennale in Venedig

- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:

- kein Abriss des alten Post- und Verwaltungsgebäudes in Vaduz für die neue Landesbibliothek
- Winterstromproduktion mit Photovoltaikanlagen an Strassenmauern

- Anfrage der Abg. Karin Zech-Hoop:

- Stand der Arbeiten betreffend Aufhebung der steuerlichen Inländerdiskriminierung

- Anfrage des Abg. Thomas Rehak:

- Situation der Flüchtlinge in Liechtenstein

- Information der Regierung zur aktuellen Situation bez. Ukrainekonflikt und den damit verbundenen Auswirkungen

Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.

- Aktuelle Stunde

Die Aktuelle Stunde entfällt.

- Volksinitiative zur Befreiung der Kostenbeteiligung (Franchise) für Versicherte, die das ordentliche Rentenalter erreicht haben

Das Initiativbegehren wird abgelehnt, die Regierung wird mit der Anberaumung einer Volksabstimmung beauftragt.

- Motion für das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren der Abgeordneten Manuela Haldner-Schierscher, Georg Kaufmann und Patrick Risch vom 28. März 2022

Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.

- Postulat zur Stärkung einer verantwortungsvollen Ernährung an Kantinen der öffentlichen Hand der Abgeordneten Manuela Haldner-Schierscher, Georg Kaufmann und Patrick Risch vom 4. April 2022

Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.

- Postulat «Bezahlbares Wohnen in Liechtenstein» der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Walter Frick, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert, Gunilla Marxer-Kranz, Günter Vogt, Thomas Vogt und Mario Wohlwend vom 4. April 2022

Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.

- Postulat «Finanzielle Entlastung von Familien» der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Walter Frick, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert, Gunilla Marxer-Kranz, Günter Vogt, Thomas Vogt und Mario Wohlwend vom 4. April 2022

Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.

- Postulatsbeantwortung betreffend mögliche Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV im Rahmen einer Altersstrategie (Nr. 38/2022)

Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 4. Oktober 2021 abgeschrieben.

- Bewilligung von Nachtragskrediten (III/2022) (Nr. 35/2022)

Der Nachtragskredit wird bewilligt.

- Gewährung eines Staatsbeitrages an den Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein für die Fortführung des Liechtensteinischen Urkundenbuchs in den Jahren 2023 bis 2028 (LUB III) (Nr. 37/2022)
Der Gewährung des Staatsbeitrages wird zugestimmt.
 - Genehmigung eines Verpflichtungskredits und eines Nachtragskredits für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «100 Jahre Zollanschlussvertrag Schweiz-Liechtenstein» (Nr. 42/2022)
Der Gewährung eines Verpflichtungs- und eines Nachtragskredits wird zugestimmt.
 - Wahl einer Richterin sowie einer Ersatzrichterin des Verwaltungsgerichtshofes
Als Richterin und Ersatzrichterin des Verwaltungsgerichtshofes werden gewählt:
 - Richterin: Frau lic. iur. Marion Seeger
 - Ersatzrichterin: Frau M. A. HSG Monika Büchel
 - Wahl eines Richters des Obersten Gerichtshofes
Als Richter des Obersten Gerichtshofes wird gewählt:
 - Herr Prof. Dr. Ulrich Kieser
 - Wahl eines Landrichters
Als Landrichter wird gewählt:
 - Herr MLaw Lukas Oehri
 - Bestellung von zwei Ad-hoc-Richterinnen und eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes
Als Ad-hoc-Richterinnen bzw. Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes werden gewählt:
 - Frau lic. iur. Brigitte Vogt-Ipek
 - Frau lic. iur. Mirjam Amann
 - Herr lic. iur. Siegbert Lampert, LL.M.
 - Geschäftsbericht 2021 (Jahresbericht und Jahresrechnung) der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein (Nr. 43/2022)
Der Geschäftsbericht 2021 der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein wird zur Kenntnis genommen.
 - Bericht über die Justizpflege der ordentlichen Gerichte für das Jahr 2021 (Nr. 28/2022)
Der Bericht über die Justizpflege der Ordentlichen Gerichte für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2021 des Verkehrsbetriebs LIECHTENSTEINmobil (Nr. 40/2022)
Der Geschäftsbericht 2021 des Verkehrsbetriebs LIECHTENSTEINmobil wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2021 der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) (Nr. 33/2022)
Der Geschäftsbericht 2021 der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) wird zur Kenntnis genommen.
 - Jahresbericht 2021 der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) (Nr. 39/2022)
Der Jahresbericht 2021 der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2021 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 32/2022)
Der Geschäftsbericht 2021 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht und Revisionsbericht 2021 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 36/2022)
Der Geschäfts- und Revisionsbericht 2021 des Liechtensteinischen Landesspitals wird zur Kenntnis genommen.
 - Auftrag an die GPK zur Schaffung von Transparenz hinsichtlich der Hintergründe und Vorkommnisse der drohenden Kostenüberschreitung beim Neubau des Liechtensteinischen Landesspitals
Dem Antrag bez. Auftragserteilung an die GPK wird zugestimmt.
 - Abänderung des Partnerschaftsgesetzes und des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (Einführung der Stiefkindadoption für eingetragene Partner/innen und Lebensgefährte/innen) (Nr. 19/2022) [1. Lesung: 11. März 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 41/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2022 Nr. 79)
Die Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
 - Entwurf des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) 2022/612 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Neue Roaming-Verordnung)) (Nr. 47/2022)
Dem Entwurf des Beschlusses wird zugestimmt.
 - Einbürgerungsgesuch von Frau Lydia Matt
Dem Einbürgerungsgesuch wird zugestimmt.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 1./2./3. Juni 2022**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 1./2./3. Juni 2022
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 6./7. April 2022
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - Tour de Suisse in Liechtenstein
 - Anfragen des Abg. Günter Vogt:
 - Wohin mit der anfallenden Asche aus Biomassenverbrennung von Holz- und Pelletheizungen?
 - Abkommen für Löscheinsätze aus der Luft
 - Anfragen des Abg. Peter Frick:
 - Alertswiss
 - Suchtberatungsstelle
 - Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
 - 2G nicht verfassungskonform
 - Datenschutz mit Google und Co
 - Bauarbeitenverordnung
 - Rektor Uni Liechtenstein
 - Anfragen des Abg. Daniel Seger:
 - psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen
 - LGBTIAQ+-Themen

- Wildunfälle an der Benderer Strasse
- Anfrage des Abg. Sascha Quaderer:
 - Entsorgung von Asche
- Anfrage des Abg. Sebastian Gassner:
 - Regierungskanäle auf den sozialen Medien
- Anfrage der Abg. Norma Heidegger:
 - SPL, Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Einführung von fixen Abstimmungssonntagen in Liechtenstein
- Anfrage der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
 - Schutz der Lebensräume in den Bauzonen
- Anfrage des Abg. Walter Frick:
 - Invalidenversicherung
- Anfragen der Abg. Karin Zech-Hoop:
 - Landstrasse von Eschen via Aspen nach Schellenberg
 - Prozesse der Motorfahrzeugkontrolle
- Anfragen des Stv. Abg. Thomas Hasler:
 - Fusion der Energieversorger LKW und LGV
 - Feierlichkeiten 100 Jahre Zollvertrag
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Unterdeckung und Umverteilung in der Stiftung «Personalvorsorge» Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
 - halbe Strasse in Eschen
 - Konsumentenschutz in Liechtenstein
 - zufriedene Mitarbeiter in Landesverwaltung
- Anfragen der Stv. Abg. Nadine Vogelsang:
 - KVA-Fernwärme
 - «bring your own device» an öffentlichen Schulen
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - Mountainbikes auf Wanderwegen
 - Digitalisierung an Schulen
- Aktuelle Stunde
Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Information der Regierung zur aktuellen Situation bez. Ukrainekonflikt und den damit verbundenen Auswirkungen
Die Informationen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die staatlichen Aktivitäten im Telekommunikations- und Postmarkt (Nr. 57/2022)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Vorbildfunktion des Staates im Bereich Klima und Energie (Nr. 58/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 20. Oktober 2021 abgeschlossen.
- Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2023 (Nr. 55/2022)
Der Staatsbeitrag wird auf CHF 33 Mio. festgelegt.
- Bestellung eines nebenamtlichen Richters oder einer nebenamtlichen Richterin des Kriminalgerichtes
Als nebenamtlicher Richter des Kriminalgerichtes wird gewählt:
 - Herr Dr. Thomas Hasler
- Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2021 (Rechenschaftsbericht 2021) (Nr. 34/2022)
- Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2021 (Rechenschaftsbericht 2021) – Fortsetzung
Der Rechenschaftsbericht der Regierung sowie die Landesrechnung für das Jahr 2021 werden genehmigt. Der Übertragung des Jahresergebnisses in die Eigenmittel wird zugestimmt.
- Testat der Finanzkontrolle zur Landesrechnung 2021
Das Testat wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2021 der Finanzkontrolle
Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Tätigkeitsbericht 2021 der Datenschutzstelle
Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2021 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 46/2022)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2021 der Telecom Liechtenstein AG (Nr. 45/2022)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2021 der Liechtensteinischen Landesbank AG (LLB) (Nr. 44/2022)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Totalrevision des Gesetzes über das Zentrale Personenregister (ZPRG) (Nr. 24/2021) [1. Lesung: 7. Mai 2021] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 49/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Staatsanwaltschaftsgesetzes, des Rechtshilfegesetzes und des Jugendgerichtsgesetzes (Bereinigung von redaktionellen Versehen und Abänderungen zur Vereinfachung des Strafverfahrens) (Nr. 30/2022) [1. Lesung: 7. April 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 61/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) sowie weiterer Gesetze (Nr. 17/2022) [1. Lesung: 7. April 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 59/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Eisenbahngesetzes (EBG; Umsetzung von EU-Richtlinien) (Nr. 18/2022) [1. Lesung: 7. April 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 60/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 76/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November

- 2019 über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen und zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG und 2014/59/EU (CBD)) (Nr. 50/2022)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 151/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor und Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088) (Nr. 51/2022)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Entwurf des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2020/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 zur Festlegung besonderer Regeln im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG und der Richtlinie 2014/67/EU für die Entsendung von Kraftfahrern im Strassenverkehrssektor und zur Änderung der Richtlinie 2006/22/EG bezüglich der Durchsetzungsanforderungen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012) (Nr. 64/2022)
Dem Entwurf des Beschlusses wird zugestimmt.
- Weiterentwicklung des Naherholungsgebietes Malbun/Steg sowie die zukünftige Ausrichtung und Sanierung der Bergbahnen Malbun (Nr. 54/2022)
Den Anträgen der Regierung gemäss BuA Nr. 54/2022 sowie den Vorschlägen der Freien Liste wird zugestimmt.
- Umsetzungsstand des Mobilitätskonzepts 2030 sowie der darin enthaltenen längerfristigen Leitprojekte (Monitoring Mobilitätskonzept 2030, Berichtsjahr 2021) (Nr. 62/2022)
Die Ausführungen der Regierung zur Umsetzung des Mobilitätskonzepts werden zur Kenntnis genommen.
- Diverse Einbürgerungsgesuche
Folgenden Einbürgerungsgesuchen wird zugestimmt:
 - Frau Konstanze Hanke
 - Herr Michael Hanke mit seinen minderjährigen Kindern Leo Felix und Susanna Nives
 - Herr Daniel Peter Noll
 - Herr Lukas Strolz
- Abänderung des EWR-Wertpapierprospekt-Durchführungsgesetzes, des Bankengesetzes, des Vermögensverwaltungsgesetzes und des EWR-Verbriefungs-Durchführungsgesetzes (Massnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte) (Nr. 52/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Familienhilfe Liechtenstein (Nr. 53/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

- Abänderung des Markenschutzgesetzes sowie weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/2436 über die Marken) (Nr. 56/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 29. Juni 2022

- Eröffnung der öffentlichen Sondersitzung des Landtages vom 29. Juni 2022
- Petition «Casino» vom 3. Juni 2022, eingereicht von Gerhard Matt
Auf die Petition wird eingetreten, sie wird jedoch nicht an die Regierung überwiesen.
- Abänderung des Gesundheitsgesetzes (Schaffung der Grundlage für die allfällige Einführung einer 2G-Regelung zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie) (Nr. 66/2022); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes vom 26. Juni 2022 betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Inkrafttreten der Befreiung der Kostenbeteiligung (Franchise) für Versicherte, die das ordentliche Rentenalter erreicht haben) (Nr. 68/2022)
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Gewährung eines zinslosen Darlehens und eines Nachtragskredits für die Liechtensteinische Gasversorgung zur Schaffung einer strategischen Gasreserve (Nr. 67/2022)
Der Gewährung eines zinslosen Darlehens und eines Nachtragskredits wird zugestimmt und der Finanzbeschluss als dringlich erklärt.

Öffentliche Landtagssitzung vom 31. August und 1./2. September 2022

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 31. August und 1./2. September 2022
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 4./5./6. Mai 2022
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 1./2./3. Juni 2022
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sondersitzung vom 29. Juni 2022
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
 - schulische Informationen an die Eltern im Falle der gemeinsamen Obsorge
 - Bahnübergang Nendeln
 - Gratisbus für Schüler
 - Stand der Digitalisierung
- Anfragen des Abg. Peter Frick:
 - Sollertrag und die Freibeträge
- Anfrage der Abg. Norma Heidegger:

- Homeoffice für Grenzgänger/Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
- Anfrage der Abg. Dagmar Bühler-Nigsch:
 - Rekrutierung Pflegepersonal
- Anfragen des Stv. Abg. Hubert Büchel:
 - Erneuerung der Landstrasse in Ruggell
 - Rentensicherheit für kommende Generationen
- Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
 - Auditbericht betreffend Neubau Landesspital
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
 - Neubau Landesspital – weitere Schritte
- Anfrage der Abg. Franziska Hoop:
 - Einsatz der Wildhüter nach dem neuen Jagdgesetz
- Anfrage des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Liechtenstein auf schwarzen Listen
- Anfrage des Abg. Sebastian Gassner:
 - ausserordentliche Preisänderungen bei Bauprojekten
- Anfragen des Abg. Günter Vogt:
 - Schutz kritischer Infrastrukturen
 - Präventionsmassnahmen angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der Klimakrise
- Anfragen der Stv. Abg. Sandra Fausch:
 - Methan und weitere Treibhausgase
 - Life Klimastiftung
- Anfragen des Abg. Walter Frick:
 - Stromsparen bei Strassenbeleuchtungen
 - Wolfsrisse am Augstenberg
- Anfragen des Abg. Sascha Quaderer:
 - Fassade an der Liechtensteinischen Landesbibliothek
 - Abstimmen mit der eID
- Anfrage des Abg. Georg Kaufmann:
 - Bushaltestellen
- Anfrage der Abg. Bettina Petzold-Mähr:
 - 50-Meter-Schwimmbecken
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - Krankenkassen-Privat- und Halbprivatversicherung mit schweizweiter freier Spitalwahl
 - Kontrollmängelvorfälle an die FMA betreffend Union Bank
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - Volksfest am Staatsfeiertag
 - Medienförderung beziehungsweise Doppelförderungen durch den Staat
 - Akkreditierungsbericht der Universität Liechtenstein
 - Einsatz von Fördergeldern bei der Kulturstiftung
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - Gestaltung des Südeingangs der Ruggeller Landstrasse
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Photovoltaikanlagen ausserhalb des Siedlungsgebietes
- Kostenentwicklung der Gesundheitskosten und Gegenmassnahmen
- Argumente zum 2G-Gesetz
- Information der Regierung zur aktuellen Situation bez. Ukrainekonflikt und den damit verbundenen Auswirkungen, insbesondere betreffend die Energieversorgung

Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Aktuelle Stunde zum Thema «Energieversorgung – Tragfähige Lösungen für die Zukunft»

Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Veröffentlichung der Berichte betreffend das Landesspital

Die Veröffentlichung der Berichte inkl. Audit-Bericht der Regierung wird beschlossen.
- Vorprüfung der parlamentarischen Initiative zur Rückkehr zum Mischindex bei der AHV-Renten Anpassung, eingereicht von den Abgeordneten Johannes Kaiser und Manfred Kaufmann vom 11. Mai 2022 (Nr. 76/2022)

Es wird festgestellt, dass das Initiativbegehren mit der Verfassung und den bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt und daher für zulässig erklärt.
- Vorprüfung des angemeldeten Initiativbegehrens «Casino-Verbot» zur Abänderung der Landesverfassung, eingereicht von drei Vorstandsmitgliedern der Interessengemeinschaft IG VolksMeinung vom 23. März 2022 (Nr. 78/2022)

Es wird festgestellt, dass das Initiativbegehren mit der Verfassung und den bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt und daher für zulässig erklärt.
- Vorprüfung der Initiative des Landtagspräsidiums zur Abänderung der Geschäftsordnung des Landtages (GOLT) und des Gesetzes über den Geschäftsverkehr der Staatsverwaltung (GVVKG) (Nr. 9/2022) sowie Stellungnahme der Regierung betreffend die Initiative des Landtagspräsidiums zur Abänderung der Geschäftsordnung des Landtages (GOLT) und des Gesetzes über den Geschäftsverkehr des Landtages mit der Regierung und die Kontrolle der Staatsverwaltung (GVVKG) (Nr. 69/2022); 1. Lesung

Es wird festgestellt, dass das Initiativbegehren mit der Verfassung und den bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt und daher für zulässig erklärt.
- Postulat zur Schaffung einer Liechtensteinischen Erdbebenversicherung mittels eines Systems einer Obligatorischen- oder einer Eventualverpflichtung vom 1. Juni 2022 der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Walter Frick, Sebastian Gassner, Manuela Haldner-Schierscher, Norma Heidegger, Johannes Kaiser, Georg Kaufmann, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert, Wendelin Lampert, Gunilla Marxer-Kranz, Sascha Quaderer, Patrick Risch, Günter Vogt, Thomas Vogt und Mario Wohlwend

Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.

- Postulatsbeantwortung betreffend spezialisierte Palliative Care in Liechtenstein (Nr. 70/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen, das Postulat vom 24. Juni 2021 wird jedoch nicht abgeschrieben.
 - Postulatsbeantwortung betreffend Klassengrößen an liechtensteinischen Schulen (Nr. 75/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 18. Oktober 2021 abgeschrieben.
 - Postulatsbeantwortung betreffend die Senkung der Hürden für die Prämienverbilligung (Nr. 77/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 16. November 2021 abgeschrieben.
 - Bewilligung von Nachtragskrediten (IV/2022) (Nr. 72/2022)
Die Nachtragskredite werden bewilligt.
 - Wahl eines Ad-hoc-Vorsitzenden für die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten im Beschwerdeverfahren zu VBK 2022/18
Als Ad-hoc-Vorsitzender wird gewählt:
 - Herr Dr. Georges Baur
 - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2021 der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 63/2022)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2021 der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (Nr. 65/2022)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Abänderung des Entsendegesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung der Dienstleistungen (Nr. 15/2022) [1. Lesung: 11. März 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 80/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des EWR-Wertpapierprospekt-Durchführungsgesetzes, des Bankengesetzes, des Vermögensverwaltungsgesetzes und des EWR-Verbriefungs-Durchführungsgesetzes (Massnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte) (Nr. 52/2022) [1. Lesung: 3. Juni 2022] – keine neue Stellungnahme der Regierung; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beschluss Nr. 19/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (Entsenderichtlinie)) (Nr. 71/2022)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) (Nr. 74/2022)
Dem Antrag der Regierung um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem IWF wird zugestimmt.
 - Diverse Einbürgerungsgesuche
Folgenden Einbürgerungsgesuchen wird zugestimmt:
 - Herr Nikolai Goritschnig
 - Frau Sanije Krasniqi sowie ihre minderjährige Tochter Anesa Krasniqi
 - Frau Tuerhong Tajiguli
 - Abänderung des Gesetzes betreffend die Aufsicht über Personen nach Art. 180a des Personen- und Gesellschaftsrechts (Nr. 73/2022); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Energieeffizienzgesetzes (Einführung einer Mindestvergütung für Strom aus Photovoltaik-Anlagen) (Nr. 79/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Gerichtsgebührengesetzes (Urteil des Staatsgerichtshofes zu StGH 2021/043) (Nr. 81/2022); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 28./29./30. September 2022**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 28./29./30. September 2022
 - Anfragen des Stv. Abg. Markus Gstöhl:
 - Fachkräftemangel in der Gastronomie
 - Preissteigerungen und Auswirkungen
 - Stärkung der Familien- und Erziehungsarbeit
 - Anfrage des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Bundesratsempfehlung zur Umstellung auf Heizölbetrieb
 - Anfragen des Abg. Patrick Risch:
 - Busbevorzugungsmassnahmen
 - Anfrage des Abg. Sebastian Gassner:
 - Investitionskosten für das Radverleihsystem LIEbike
 - Anfragen des Abg. Sascha Quaderer:
 - Universität Liechtenstein
 - Gesetz zur Prüfung von ausländischen Direktinvestitionen
 - Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - Hospiz – wie weiter?
 - Anfrage des Stv. Abg. Hubert Büchel:
 - operativer Betrieb des Liechtensteinischen Landesospitals
 - Anfrage des Abg. Peter Frick:
 - Schutz im Haus
 - Anfragen des Abg. Walter Frick:
 - steigende Asylzahlen
 - Nachbesetzung des Tierschutzbeauftragten
 - Anfrage des Abg. Georg Kaufmann:
 - Coronafallzahlen und Abwasseranalysen

- Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
 - Schulische Informationen an die Eltern im Falle der gemeinsamen Obsorge (Teil 2)
 - Fahrradweg Nendeln-Schaan
- Anfrage der Abg. Bettina Petzold-Mähr:
 - Förderung von Sportveranstaltungen
- Anfragen der Stv. Abg. Nadine Vogelsang:
 - formelle Aufnahme des Kindergartens in den Pflichtschulbereich
 - Verbrennung von unbehandeltem Altholz
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - 100-prozentige Strompreiserhöhung im Jahr 2023 in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - Notarztversorgung durch das Landesspital
 - Anerkennungsgaben in der Kulturförderung
 - fehlender Tätigkeitsbericht 2021 der Geldspielaufsicht
 - Haltung von Pferden und anderen Equiden
- Kenntnisnahme des Abstimmungsergebnisses der Volksabstimmung vom 18. September 2022 (Referendumsbegehren betreffend 2G-Regelung)
Die Abstimmungsergebnisse werden zur Kenntnis genommen.
- Petition zur Priorisierung des Veloverkehrs vom 10. September 2022, eingereicht am 21. September von Michael Schädler im Namen der Jugendsession
Die Petition wird behandelt und zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- Information der Regierung zur aktuellen Situation bez. Ukrainekonflikt und den damit verbundenen Auswirkungen
Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Aktuelle Stunde zum Thema «Krisen und gesellschaftliche Dysfunktion begünstigen Radikalisierung – wie weit darf diese gehen und wie soll die Politik diesem Phänomen begegnen?»
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Stromversorgungssicherheit in Liechtenstein (Nr. 84/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 20. Oktober 2021 abgeschlossen.
- Postulatsbeantwortung betreffend Umgestaltung der Motorfahrzeugsteuer in ein Road Pricing System (Nr. 95/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 17. November 2021 abgeschlossen.
- Gewährung eines Ergänzungskredits und Nachtragskredits für die Erhöhung des zinslosen Darlehens an die Liechtensteinische Gasversorgung zur Schaffung einer strategischen Gasreserve (Nr. 97/2022)
Dem Ergänzungskredit und dem Nachtragskredit wird zugestimmt, zudem wird der Finanzbeschluss für dringlich erklärt.
- Gewährung von Staatsbeiträgen für die verbandsorganisierte Sportförderung für die Jahre 2023 bis 2026 (Nr. 89/2022)
Der Gewährung von Staatsbeiträgen wird zugestimmt.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredits für den Neubau «Kletterhalle Liechtenstein» des Liechtensteiner Alpenvereins (LAV) in Schaan (Nr. 94/2022)
Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
- Abänderung des Markenschutzgesetzes sowie weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/2436 über die Marken) (Nr. 56/2022) [1. Lesung: 3. Juni 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 83/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die amtliche Schätzung von Grundstücken und Gebäuden (Nr. 97/2021) [1. Lesung: 3. Dezember 2021] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 93/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die Familienhilfe Liechtenstein (Nr. 53/2022) [1. Lesung: 3. Juni 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 90/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Notifikation der Partnerstaaten gemäss Abschnitt 7 Absatz 1 Buchstabe f der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (Nr. 85/2022)
Den Notifikationen wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 190/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (Neufassung)) (Nr. 86/2022)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 145/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Richtlinie 2014/59/EU in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungskapazität von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und der Richtlinie 98/26/EG (BRRD II)) (Nr. 87/2022)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 135/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Gebäude-Richtlinie II)) (Nr. 92/2022)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend den Neubau des liechtensteinischen Landesspitals
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

- Einbürgerungsgesuch
Dem Einbürgerungsgesuch für die folgende Person wird zugestimmt:
– Herr Christian Schropp
- Abänderung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Art. 10 Abs. 2 Bst. c MWSTG) (Nr. 82/2022); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes vom 1. Oktober 2021 über die Abänderung des Ausländergesetzes (Nr. 91/2022); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Berufsqualifikations-Anerkennungsgesetzes sowie die Abänderung des Gewerbegesetzes, des Bauwesen-Berufe-Gesetzes, des Gesundheitsgesetzes, des Ärztesgesetzes, des Tiergesundheitsberufegesetzes, des Treuhändergesetzes, des Patentanwaltsgesetzes, des Dienstleistungsgesetzes und des Gesetzes über den Handel mit Waren im Umherziehen (Umsetzung der Richtlinie 2013/55/EU sowie der Richtlinie (EU) 2018/958 und Durchführung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/983) (Nr. 88/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Anpassung des Berufsbildungsgesetzes (Nr. 96/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 2./3./4. November 2022

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 2./3./4. November 2022
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 31. August und 1./2. September 2022
Dieses Traktandum wird abgesetzt.
- Anfragen des Abg. Georg Kaufmann:
– Landesgesundheitskommission
– Erzbistum Vaduz
- Anfragen der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
– Energiewende, die thermische Nutzung des Rheins
– Coronaabschlussbericht
- Anfrage der Abg. Norma Heidegger:
– Industriebubler Vaduz–Triesen
- Anfrage des Abg. Sebastian Gassner:
– Zuständigkeiten des Bundesamts für Zivilluftfahrt
- Anfrage des Abg. Daniel Oehry:
– Wie weiter mit der SPL?
- Anfragen des Abg. Günter Vogt:
– Förderprogramm Impulsberatung zur Energieeffizienz
– Netznutzungsgebühren in Krisenzeiten: Sind diese notwendig oder ist ein systemischer Reformansatz zur Struktur der Netzentgelte generell notwendig?
- Anfragen der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
– Erhöhung der Sicherheit für Mensch und Tier an der Bändererstrasse ab Ortsausgang Schaan
– iranische Protestbewegungen
- Anfrage des Abg. Dietmar Lampert:
– aktuellen Krisen geschuldete Unternehmenskonkurse
- Anfragen der Abg. Franziska Hoop:
– Nicht-Mitgliedschaft Liechtensteins in der internationalen Arbeitsorganisation
– Personalsituation in der Regierung und Landesverwaltung
– Unterstützung von Hilfsorganisationen
- Anfragen des Abg. Daniel Seger:
– Wildunfälle an der Bändererstrasse
– Zwischenstand der verschiedenen Massnahmen zur Waldverjüngung
- Anfrage der Abg. Dagmar Bühler-Nigsch:
– Teuerungsanpassungen
- Anfrage des Abg. Walter Frick:
– Steingärten in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
– Wie weiter mit dem Religionsgemeinschaftengesetz
– Verfügbarkeit von LAK-Pflegeplätzen in Liechtenstein
- Anfrage der Abg. Bettina Petzold-Mähr:
– Mobbing in der Landesverwaltung
- Anfrage des Abg. Thomas Rehak:
– Zusatzfläche für die Universität Liechtenstein
- Anfrage des Stv. Abg. Hubert Büchel:
– Liechtensteinisches Landesspital
- Anfrage des Abg. Patrick Risch:
– Grünflächenziffer bei Baubewilligungen respektive wie dies in der Bauordnung definiert ist
- Initiativbegehren «Casino-Verbot» zur Abänderung der Landesverfassung (117/2022)
Dem Initiativbegehren wird nicht zugestimmt. Die Regierung wird beauftragt, eine Volksabstimmung anzuberaumen.
- Petition für die Änderung der Verordnung LGBl. 289 vom 30.10.2009 Schlichtungsstelle
Auf die Petition wird eingetreten, sie wird zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- Information der Regierung zum Krieg in der Ukraine und den dessen Auswirkungen
Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Aktuelle Stunde (entfällt)
Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Interpellation «Steuerliche Entlastung des Mittelstands» der Abgeordneten Albert Frick, Sebastian Gassner, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Sascha Quaderer, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop vom 23. September 2022
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.

- Motion zur Öffnung der Ehe für alle der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Albert Frick, Sebastian Gassner, Manuela Haldner-Schierscher, Norma Heidegger, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Georg Kaufmann, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Sascha Quaderer, Patrick Risch, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop vom 21. September 2022
Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Ausrichtung des Mutterschaftstaggeldes bei längerem Spitalaufenthalt des Kindes nach der Geburt der Abgeordneten Albert Frick, Sebastian Gassner, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Sascha Quaderer, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop vom 23. September 2022
Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Motion für weniger Tierleid – verursacht durch Stacheldraht- und Flexinetz-Zäune der Abgeordneten Manuela Haldner-Schierscher, Georg Kaufmann und Patrick Risch vom 27. September 2022
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur Abfederung des Energiepreis-Schocks der Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 4. Oktober 2022
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur Erhöhung der Eigenversorgung mit elektrischer Energie der Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 4. Oktober 2022
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulatsbeantwortung betreffend die finanzielle Entlastung von Familien (Nr.107/2022)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 4. April 2022 abgeschrieben.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (V/2022) (Nr. 101/2022)
Die Nachtragskredite werden bewilligt.
- Gewährung eines Staatsbeitrags an die Universität Liechtenstein für die Jahre 2023, 2024 und 2025 (Nr. 100/2022)
Dieses Traktandum wird abgesetzt.
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes für die Verfahren zu StGH 2022/074 und StGH 2022/076
Als Ad-hoc-Richter wird bestellt.
 - Herr Dr. Benedikt Jehle
- Wahl eines Richters und einer Ersatzrichterin des Staatsgerichtshofes
Als Richter und Ersatzrichterin des StGH werden gewählt:
 - Herr Univ.-Prof. Dr. Peter Bussjäger- Frau Univ.-Prof. Dr. Anna Gamper
- Wahl eines Senatsvorsitzenden und zweier Richterinnen des Obersten Gerichtshofes
Als Senatsvorsitzender und Richterinnen des OGH werden gewählt:
 - Herr Univ.-Prof.iR Dr. Hubertus Schumacher
 - Frau Dr. Ingrid Brandstätter
 - Frau Dr. Valentina Hirsiger (-Meier)
- Wahl einer stellvertretenden Richterin des Jugendgerichtes
Als stellvertretende Richterin des Jugendgerichtes wird gewählt:
 - Frau Vanessa Schafhauser-Kindle
- Mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Landessubventionen (Hochbautenbericht 2023) (Nr. 113/2022)
Der Hochbautenbericht 2023 wird zur Kenntnis genommen.
- Bau und die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein (Verkehrsinfrastrukturbericht 2023) (Nr. 114/2022)
Der Verkehrsinfrastrukturbericht 2023 wird zur Kenntnis genommen.
- Finanzplanung 2023 - 2026 (Nr. 99/2022)
Der Bericht zur Finanzplanung 2023 - 2026 wird zur Kenntnis genommen.
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2023 (Nr. 98/2022)
Dem Landesvoranschlag 2023 inkl. Nachträgen wird zugestimmt. Das Finanzgesetz wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Abänderung des Energieeffizienzgesetzes (Einführung einer Mindestvergütung für Strom aus Photovoltaik-Anlagen) (Nr. 79/2022) [1. Lesung: 2. September 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 110/2022); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Initiative zur Rückkehr zum Mischindex bei der AHV-Rentenanpassung, eingereicht von den Abgeordneten Johannes Kaiser und Manfred Kaufmann vom 11. Mai 2022 (Nr. 76/2022) [1. Lesung: 31. August 2022] – Stellungnahme der Initianten vom 3. Oktober 2022; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 243/2021 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismässigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen) (Nr. 102/2022)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 213/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2021/338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 zur Änderung der Richtlinie 2014/65/EU im Hinblick auf die Informationspflichten, die Produktüberwachung und die Positionslimits sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/878 im Hinblick auf ihre Anwendung auf Wertpapierfirmen, zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung von der Covid-19-Krise (MiFID-Quick-Fix Richtlinie)) (Nr. 105/2022)
Dem Beschluss wird zugestimmt.

- Agrarpolitischer Bericht 2022 (Nr. 111/2022)
Der agrarpolitische Bericht 2022 wird zur Kenntnis genommen.
- Diverse Einbürgerungsgesuche
Den Einbürgerungsgesuchen für die folgenden Personen wird zugestimmt:
 - Frau Isabella Sandra Fischer
 - Herr Johannes Hermann Fischer-Mayer sowie seine minderjährigen Kinder Anna Agathe Theresia Fischer und Sissi Stella Filippa Fischer
 - Frau Mabel Francis Heinzle
 - Herr Philipp Lennert
 - Herr Armin Muhamedagic
 - Herr René Schneider
- Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) und des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG) (Nr. 103/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Erlass eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2162 über europäische gedeckte Schuldverschreibungen (EuGSVG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 104/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 106/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über befristete Sofortmassnahmen im Spielbankenmarkt (Bewilligungsmoratorium)(Nr. 108/2022); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über Postdienste und Paketzustelldienste (Postdienste- und Paketzustelldienstegesetz; PPG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2008/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Änderung der Richtlinie 97/67/EG im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft und Durchführung der Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 Verordnung (EU) 2018/644 über grenzüberschreitende Paketzustelldienste) (Nr. 109/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung (Beantwortung der Motion zur Anpassung des Strafrechts betreffend das Strafmass beim sexuellen Kindsmisbrauch und dem Besitz von kinderpornografischem Material) (Nr. 112/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 30. November und 1./2. Dezember 2022

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 30. November und 1./2. Dezember 2022
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 31. August und 1./2. September 2022
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
 - Indikatoren für nachhaltige Entwicklung
 - Schulversuche
- Anfragen der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
 - eID für Unternehmen
 - E-Zigaretten
- Anfrage der Abg. Dagmar Bühler-Nigsch:
 - Sträuchertauschaktion in Liechtenstein
- Anfragen der Abg. Karin Zech-Hoop:
 - Neophyten und Sträuchertauschaktion
 - Wichtigkeit der EWR-EFTA Treffen und die Vergabe von Hilfgeldern
- Anfrage der Abg. Franziska Hoop:
 - Maturaprüfung
- Anfragen des Abg. Walter Frick:
 - Lichtverschmutzung in Liechtenstein
 - Glyphosatverbot
- Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Nutzungskonzept zur Burg Gutenberg
 - Landesspital – weiteres Vorgehen?
- Anfrage der Stv. Abg. Sandra Fausch:
 - Endometriose
- Anfrage des Abg. Dietmar Lampert:
 - nationale Leitlinien Biodiversität und naturnahe Räume
- Anfrage der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
 - Resolution des UNO-Menschenrechtsrates zum Iran
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Kürzung der Ergänzungsleistungen
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - eigene Projekte und Administrationskosten in der Kulturstiftung
 - Lehrerbesoldung
 - Schutzraumbauten
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
 - Informationen über Arbeitslosigkeit
 - Studierendenzahlen an der Universität Liechtenstein
- Aktuelle Stunde
Die Aktuelle Stunde entfällt.
- Petition doppelte Staatsbürgerschaft in Liechtenstein vom 4. November 2022, eingereicht von Emmanuel Zacharias Philip Hoop
Die Petition wird zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- Motion für eine Gesundheitsreform vom 31. Oktober 2022, eingereicht von den Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Walter Frick, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert,

Gunilla Marxer-Kranz, Günter Vogt, Thomas Vogt und Mario Wohlwend

Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.

- Postulatsbeantwortung betreffend die Stärkung einer verantwortungsvollen Ernährung an Kantinen der öffentlichen Hand (Nr. 124/2022)

Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 4. April 2022 abgeschrieben.

- Postulatsbeantwortung betreffend bezahlbares Wohnen (Nr. 128/2022)

Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 4. April 2022 abgeschrieben.

- Ergänzungskredit für den Ersatzbau für den Trakt G und einer zusätzlichen Massnahme beim Schulzentrum Mühleholz in Vaduz (Nr. 126/2022)

Der Ergänzungskredit wird genehmigt.

- Befristete Entlastungsmassnahmen zur Abfederung der Energiepreissteigerungen für einkommensschwache Haushalte und energieintensive Unternehmen (Entlastungspaket Energiepreise) (Nr.129/2022); 1. und 2. Lesung

Die Nachtragskredite werden genehmigt und die Gesetzesvorlagen in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.

- Genehmigung eines Verpflichtungskredits und von Nachtragskrediten für die Realisierung von Wohnraum für die Unterbringung von Schutzbedürftigen (Nr.131/2022)

Der Verpflichtungskredit und die Nachtragskredite werden genehmigt sowie für dringlich erklärt.

- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2022 Nr. 280)

Die Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.

- Wahl des Präsidenten und der zweiten Stellvertreterin des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes

Als Präsident des Obersten Gerichtshofes für die Amtsdauer vom 1. 1. 2023 bis 31. 12. 2027 wird gewählt:

- Herr Univ.-Prof.iR Dr. Hubertus Schumacher

Als zweite Stellvertreterin des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes für die Amtsdauer vom 1. 1. 2023 bis 31. 5. 2026 wird gewählt:

- Frau Dr. Ingrid Brandstätter

- Bestellung einer Ad-hoc-Richterin und eines Ad-hoc-Richters des Staatsgerichtshofes

Als Ad-hoc-Richterin für das Verfahren zu StGH 2022/078 wird gewählt:

- Frau MLaw Jacqueline Marxer-Tschikof

Als Ad-hoc-Richter für das Verfahren zu StGH 2022/095 wird gewählt:

- Herr lic. iur. HSG Siegbert Lampert, LL.M.

- Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der FMA-Beschwerdekommision

Als Präsident der FMA-Beschwerdekommision wird gewählt:

- Herr Dr. Wilhelm Ungerank

Als Vizepräsident der FMA-Beschwerdekommision wird gewählt:

- Herr Reinhold Zanghellini

- Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge

Die Liste über den Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.

- Initiative des Landtagspräsidiums zur Abänderung der Geschäftsordnung des Landtages (GOLT) und des Gesetzes über den Geschäftsverkehr des Landtages mit der Regierung und die Kontrolle der Staatsverwaltung (GVVKG) (Nr. 69/2022) [1. Lesung: 1. September 2022] – Stellungnahme der Initianten vom 27. Oktober 2022; 2. Lesung – Verhaltenskodex, Beschluss Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Totalrevision des Berufsqualifikations-Anerkennungs-Gesetzes sowie die Abänderung des Gewerbegesetzes, des Bauwesen-Berufe-Gesetzes, des Gesundheitsgesetzes, des Ärztegesetzes, des Tiergesundheitsberufegesetzes, des Treuhändergesetzes, des Patentanwaltsgesetzes, des Dienstleistungsgesetzes und des Gesetzes über den Handel mit Waren im Umherziehen (Umsetzung der Richtlinie 2013/55/EU sowie der Richtlinie (EU) 2018/958 und Durchführung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/983) (Nr. 88/2022) [1. Lesung: 30. September 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 118/2022); 2. Lesung Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung (Beantwortung der Motion zur Anpassung des Strafrechts betreffend das Strafmass beim sexuellen Kindesmissbrauch und dem Besitz von kinderpornografischem Material) (Nr. 112/2022) [1. Lesung: 4. November 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 130/2022); 2. Lesung Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet und die Motion vom 10. Mai 2021 wird abgeschrieben.

- Beschluss Nr. 270/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2019/1151 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht (Digitalisierungsrichtlinie)) (Nr. 115/2022)

Dem Beschluss wird zugestimmt.

- Antrag der Swissgrid AG vom 15. März 2021 auf Enteignung in Zusammenhang mit der Höchstspannungsleitung Balzers – Stellungnahme der Regierung vom 12. April 2022

Die Entscheidung für das Expropriationsbegehren der Swissgrid AG wird bis März 2024 unterbrochen. Die Regierung wird ersucht, in der Zwischenzeit

- Verhandlungen über eine Verlegung der Höchstspannungsleitung Balzers im Sinne der Landtagsdebatte vom 1. Dezember 2022 mit der Schweiz zu führen und dem Landtag regelmässig im nichtöffentlichen Landtag Zwischenbericht zu erstatten.
- Klimastrategie 2050 (Nr. 120/2022)
Die Klimastrategie 2050 wird genehmigt.
 - 2. Monitoringbericht zur Energiestrategie 2030 (Datenstand Ende 2021) (Nr. 123/2022)
Der 2. Monitoringbericht zur Energiestrategie 2030 wird zur Kenntnis genommen.
 - Kenntnisnahme der Effekte eines Verzichts auf ÖV-Tickets in Liechtenstein (Nr. 127/2022)
Der Bericht betreffend die Kenntnisnahme der Effekte eines Verzichts auf ÖV-Tickets in Liechtenstein wird zur Kenntnis genommen.
 - Diverse Einbürgerungsgesuche
Folgenden Einbürgerungsgesuchen wird zugestimmt:
 - Herr Alexander Edgar Mehser sowie sein minderjähriger Sohn Florian Alexander Mehser
 - Frau Claudia Mehser
 - Herr Maximilian Alexander Mehser
 - Frau Melissa Jacqueline Siller
 - Totalrevision des Finanzausgleichsgesetzes (FinAG) und die Festlegung der Faktoren (k) und (h) für die Finanzausgleichsperiode 2024 - 2027 (Nr. 116/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Emissionshandelsgesetzes (Nr. 119/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Heimatschriftengesetzes (HSchG), des Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG) sowie des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG) zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1157 (Nr. 121/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Totalrevision des Gesetzes über die elektronische Kommunikation (Kommunikationsgesetz) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 122/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Partnerschaftsgesetzes (Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare im Adoptionsrecht) (Nr. 125/2022); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Wahl des Landesausschusses
Der Landesausschuss setzt sich wie folgt zusammen:
 - Abg. Herbert Elkuch
 - Abg. Manuela Haldner-Schierscher
 - Abg. Manfred Kaufmann
 - Abg. Daniel Oehry
 Gemäss Art. 72 Abs. 1 der Verfassung gehört Landtagspräsident Albert Frick von Amtes wegen dem Landesausschuss an. Im Verhinderungsfall wird er durch die Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz vertreten.
 - Universität Liechtenstein
Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
 - Schliessung des Landtages
Der Landtag wird von Regierungschef Dr. Daniel Risch im Namen S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein geschlossen.

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Die selbständige, unabhängige und in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtete Finanzkontrolle unterstützt den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen und ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, die Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss Finanzkontrollgesetz (FinKG) [LGBl. 2009 Nr. 324] unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Im Rahmen ihrer Aufgaben prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, das Finanzgebaren und die Rechnungslegung von staatlichen Stellen sowie von staatsnahen öffentlichen Unternehmen, sofern dies spezialgesetzlich vorgesehen ist, staatliche Finanzhilfen und Abgeltungen, das öffentliche Beschaffungswesen, interne Kontrollsysteme sowie IT-Systeme.

Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Organisation

Die Finanzkontrolle mit einem Personalbestand von 6 Mitarbeitenden ist unabhängig und rein organisatorisch dem Landtag zugeordnet.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm

Das jährliche Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wird, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen, staatsnahe öffentliche Unternehmen, interne Kontrollsysteme etc. Zudem prüft die Finanzkontrolle als Prüfbehörde die Mittelverwendung im Rahmen der Teilnahme Liechtensteins an EU-Programmen. Im Auftrag der Regierung nimmt die Finanzkontrolle seit dem Jahr 2017 Einsitz im EFTA Board of Auditors (EBOA), welches die EFTA-Institutionen prüft.

Informatik-Revisionen

Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung und -umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Finanzaufsicht

Im Bereich der Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Stellen, staatsnahen öffentlichen Unternehmen sowie Schulen.

Tätigkeitsbericht

Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über Umfang, Schwerpunkte und Feststellungen ihrer Prüfungstätigkeit erstattet die Finanzkontrolle jährlich dem Landtag und der Regierung. Der Tätigkeitsbericht wird auf der Homepage der Finanzkontrolle (www.fk.llv.li) veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Der Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Fachthemen, Prüfungsmethoden und Prüfungsstandards im öffentlichen Revisionsbereich sowie gemeinsame Weiterbildungsaktivitäten stehen im Zentrum dieser Mitgliedschaften.

